



29.11.2017

SPD-Ortsverein Hünstetten im UB Rheingau-Taunus

**An den
Bundesvorstand der SPD
Vors. Martin Schulz
Berlin**

**An den
Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
Vors. Andrea Nahles
Berlin**

Lieber Genosse Schulz, liebe Genossin Nahles,

wir wenden uns aus aktuellem Anlass an Euch. Wie viele BürgerInnen in ganz Deutschland, ob inner- oder außerhalb von Parteien, treibt auch uns als Mitglieder des ländlichen, 100 Personen umfassenden Ortsvereins Hünstetten bei Wiesbaden die Berliner Situation nach dem Jamaika-Aus um.

Wir wissen um die schwierige und komplizierte Situation der Bundespartei und der sie repräsentierenden Führungskräfte. Es ist gut, dass unser Bundespräsident seine verfassungsgemäße Rolle in dieser für Deutschland völlig neuen Lage konstruktiv und verantwortungsbewusst ausfüllt. Für die deutsche Sozialdemokratie war stets diese Rangfolge wichtig: zuerst das Land, dann die Partei (en). Hier benötigen wir von keiner Seite Nachhilfeunterricht.

Vor vier Jahren hat ein Teil von uns im OV bei der Mitgliederbefragung für eine erneute Große Koalition gestimmt, ein anderer Teil dagegen. Wir erkennen ausdrücklich an, dass von Euch ein weiterer Mitgliederentscheid zugesagt worden ist; das ist auch stets unsere Erwartung gewesen. Wir sind durchaus für Gespräche über eine Regierungsbildung, aber wir haben aktuell eine völlig andere Situation als vor vier Jahren. Deshalb plädieren wir nun für eine solche Befragung vor eventuellen Verhandlungen über eine neue Große Koalition (pro oder contra) und nicht danach. Dafür sprechen u. E. folgende Gründe:

- Keine Frage: Das Land und Europa brauchten eine stabile deutsche Regierung. Das kann jedoch durchaus eine von der stärksten Fraktion im Parlament angeführte Minderheitsregierung sein. In wesentlichen außenpolitischen Fragen gab es bereits bisher Mehrheiten über die aktuelle Regierungskoalition hinaus; die wird es auch weiterhin geben. Außerdem mussten Regierungen schon immer bei vielen Gesetzesvorhaben Kompromisse mit dem Bundesrat finden.
- Je nach Regierungshandeln sollten dann in ein bis zwei Jahren die WählerInnen erneut abstimmen können.
- Angesichts des für uns katastrophalen Wahlergebnisses, der Abwahl der bisherigen GroKo und dem Einzug der rechtspopulistischen und in Teilen rechtsextremistischen AfD mit über 90 Abgeordneten in den Bundestag ist es unverantwortlich, dieser Partei die führende Oppositionsrolle zu überlassen, sollte eine neue GroKo gebildet werden. Zudem würde dies

der "neuen" FDP unter ihrem Vorsitzenden Lindner in die Hände spielen, der offenbar nicht nur ebenfalls die Führungsrolle in der Opposition beansprucht, sondern zugleich die AfD in Teilen inhaltlich beerben möchte.

- Für das Land und aus staatspolitischen Erwägungen heraus ist es falsch und systemschädigend, wenn im Parlament eine starke Oppositionspartei fehlt, die sich als die Regierung von morgen dem Wahlvolk als Alternative anbieten kann. Die Erfahrungen der bisherigen von Kanzlerin Merkel geführten Großen Koalitionen haben leider gezeigt, dass die SPD trotz guter Regierungsarbeit und unbestreitbarer Erfolge für die Bevölkerungsmehrheit bei den Wahlen dennoch "abgestraft" worden ist.
- Eine starke und sich erneuernde SPD ist in diesem Sinne nicht nur für Deutschland von enormer Bedeutung, sondern auch für Europa, nicht zuletzt mit Blick auf den allgemeinen Niedergang sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Parteien in anderen EU-Ländern. Eine wieder erstarkende SPD und europäische Sozialdemokratie sind als glaubwürdiges Gegengewicht zu den überall aufstrebenden rechtspopulistischen Bewegungen äußerst wichtig!
- Bitte beachtet bei Euren Überlegungen und Entscheidungen auch die abgewogenen und klugen Argumente des profiliertesten deutschen Historikers, Heinrich August Winkler, die heute unter der Überschrift "Die Koalition von Union und SPD ist nicht 'alternativlos' – sie gefährdet die Zukunft der parlamentarischen Demokratie" als Gastbeitrag von der "Süddeutschen Zeitung" veröffentlicht worden sind.

Wir bitten Euch nachdrücklich, all die genannten Punkte bei Euren sicher nicht einfachen Diskussionen und Entscheidungen zu berücksichtigen. Mit der Bitte um eine Eingangsbestätigung und

mit besten Grüßen

für den geschäftsführenden OV-Vorstand:

Horst Kaltwasser

Rainer Ratmann

Renate Stutter

Thilo Füll

PS: Von den vielen unserer 100 Mitglieder, die sich in den vergangenen Tagen zu diesem Schreiben geäußert haben, befürworteten fast alle diesen Text mit großem Nachdruck!